



URBANE SICHERHEIT(EN) – THESEN ZUR VERBINDUNG VON SOZIALER UND INNERER SICHERHEIT

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Berlin



URBANE SICHERHEIT(EN) – THESEN ZUR VERBINDUNG VON SOZIALER UND INNERER SICHERHEIT

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher



INHALTSVERZEICHNIS

7	VORWORT
9	URBANE SICHERHEIT(EN) – THESEN ZUR VERBINDUNG VON SOZIALER UND INNERER SICHERHEIT
9	1. SICHERHEIT UND URBANITÄT – EIN UNGLEICHES PAAR?
11	2. URBANES LEBEN STEHT UNTER DEM EINFLUSS SOZIALSTRUKTURELLER WANDLUNGSPROZESSE
14	3. URBANE SICHERHEIT ENTSTEHT ÜBER VIELFÄLTIGES ÖFFENTLICHES LEBEN UND ÖFFENTLICHE RÄUME
17	4. URBANE SICHERHEIT ENTSTEHT ÜBER SOZIALES VERTRAUEN UND KOLLEKTIVE WIRKSAMKEIT
18	5. URBANE SICHERHEIT ERWÄCHST AUS DEN INSTITUTIONEN DES STAATLICHEN GEWALTMONOPOLS
20	6. URBANE SICHERHEIT ENTSTEHT DURCH SOZIALE CHANCENGLEICHHEIT
22	7. URBANE SICHERHEIT BENÖTIGT EINE KOOPERATIVE SICHERHEITSPOLITIK
24	LITERATUR
26	ANGABEN ZUM AUTOR

VORWORT

Sicherheit wird in wachsenden Metropolen immer mehr zum Thema. Hierfür sind vor allem zwei Phänomene verantwortlich. Die wachsende Einkommensungleichheit und die zunehmende Verdichtung in Großstädten. Die wachsenden Einkommensunterschiede befeuern Gentrifizierungsprozesse und Verdrängung. Das Wachstum der Stadt von dem nicht alle gleichermaßen profitieren, führt zu einer Verengung von Freiräumen, finanziell und räumlich.

Unter diesen Vorzeichen kommt auch der Sicherheitsbegriff und das Sicherheitsempfinden der Menschen einer Stadt unter Druck. Auf der einen Seite leben wir so sicher wie nie zuvor, auf der anderen Seite fühlen sich Menschen immer weniger sicher. Die vorliegende Studie betont gerade für diesen Befund die Bedeutung gelingender Nachbarschaften. Hier ist insbesondere der Wert der Kooperation verschiedenster Akteure im Stadtteil zu nennen. Sicherheit hat also eine klare sozialräumliche Komponente.

In der vorliegenden Untersuchung betrachten wir mögliche Facetten einer Neubestimmung sozialer und demokratischer Sicherheitspolitik.

Wir wünschen Ihnen eine spannende und aufschlussreiche Lektüre.

Nicole Zeuner

BerlinPolitik im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung

URBANE SICHERHEIT(EN) – THESEN ZUR VERBINDUNG VON SOZIALER UND INNERER SICHERHEIT

Der Wert der Sicherheit steht für unterschiedliche Erwartungen und Bedürfnisse, die Verlässlichkeit gesellschaftlicher Strukturen spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Abwesenheit von Furcht und Bedrohung auf individueller Ebene. In den Diskussionen um Sicherheit und Sicherheitsgewährleistung spiegeln sich normative Leitbilder der politischen Gestaltung unseres Gemeinwesens. Deshalb liegt es auf der Hand, dass Sicherheitsfragen insbesondere im urbanen Kontext relevant werden, wo sich Vielfalt, Differenzierung und Beschleunigung wie unter einem Brennglas zeigen. Gleichzeitig tritt dort der Zusammenhang zwischen sozial- und sicherheitspolitischen Anliegen in deutlicher Weise zutage, da Phänomene der räumlichen Konzentration von Armut und Exklusion häufig mit einer hohen Kriminalitätsbelastung und einem hohen Ausmaß an Kriminalitätsfurcht einhergehen. Vor diesem Hintergrund soll hier die Verbindung von sozialer und innerer Sicherheit im urbanen Zusammenhang in mehreren Dimensionen näher ausgelotet werden. Kern der Überlegungen ist die Öffnung der klassischen Sicherheitspolitik für präventive Ansätze und Kooperationen mit anderen Politikfeldern, mit dem Ziel der Verwirklichung gesellschaftlicher Teilhabechancen und sozialer Integration.

1. SICHERHEIT UND URBANITÄT – EIN UNGLEICHES PAAR?

Auf den ersten Blick wecken *Sicherheit* und *Urbanität* nicht sonderlich viele übereinstimmende Assoziationen. Während wir mit Sicherheit Schutz, Zuverlässigkeit, Gewissheit oder Ruhe verbinden (Kaufmann 2003, S. 96), kommt uns beim Begriff der Urbanität dichtes, abwechslungsreiches und bisweilen hektisches Zusammenleben in der Großstadt in den Sinn, das uns mit vielen Eindrücken, hohem Tempo, sehr vielfältigen Akteuren und bisweilen wahrgenommenen Provokationen tendenziell überfordert, weshalb wir eine distanzierte Form der Individualität ausbilden.

1.1 Urbanität und Sicherheit

Die Großstädter kennzeichnet, so hat es der Soziologe und Philosoph Georg Simmel um 1900 im Kontext von Modernisierung und Urbanisierung formuliert, *Intellektualität, Blasiertheit und Reserviertheit* (ders. 1984 [1903]; S. 192ff.). Während sich die vormoderne, dörfliche Lebensweise durch enge und über lange Zeit gewachsene persönliche Beziehungen und ein daraus erwachsendes dichtes Netz aus Konventionen und sozialer Kontrolle auszeichnet, genießen die Großstädter ein hohes Maß an Freiheiten zur persönlichen Entfaltung. Die zentrale urbane Erfahrung ist für Simmel die Erfahrung der Fremdheit. „Mit dem Fremden“ so schreibt er 1908 im *Exkurs über den Fremden*, ist nicht mehr „der Wandernde gemeint, der heute kommt und morgen geht, sondern der, der heute kommt und morgen bleibt.“ (ders. 1995 [1908], S. 764). Angesichts weltweit wachsender Migrationsströme in die Ballungsgebiete (insbesondere in die Städte des globalen Südens) ein überaus aktueller Satz. Weitere Impulse erhielt das Denken über Urbanität aus der US-amerikanischen Soziologie von Robert Park, der den Großstädter als marginal man beschrieb, als Person, die über vielerlei kulturelle Bezüge verfügt und die zwischen unterschiedlichen sozialen Zugehörigkeiten jenseits festgefügtter gemeinschaftlicher und familiärer Bindungen wählen kann, aber in gewisser Weise auch randständig bleibt (Lindner 1990, S. 202ff.). Die damit

einhergehenden Freiheitsgrade sind jedoch mit dem Risiko der Einsamkeit und Orientierungslosigkeit erkauft. Auf engstem Raum lebt in Städten eine Vielzahl von Menschen zusammen, die sich zwar physisch begegnen, persönlich aber nur sehr selten etwas miteinander zu tun haben. *Größe, Dichte* und *Heterogenität* einer Agglomeration waren für Louis Wirth (1938) die Voraussetzungen für den städtischen Lebensstil und gleichzeitig Wesensmerkmale der Urbanität.

Neben Wertschätzung und Faszination für die sozialen Wandlungsprozesse der Modernisierung schwingt in diesem Denken auch ein gewisser Kulturpessimismus mit, welcher hinter den gewachsenen Freiheitsgraden den Verlust von Gemeinschaft und sozialer Kontrolle sowie die Gefahr von Anomie und Regellosigkeit vermutete. In dichten, heterogenen sozialen Zusammenhängen mussten nun andere Kontrollstrukturen an die Stelle der lokalen Gemeinschaften treten, die Vielfalt und Individualität ermöglichen und gleichzeitig das soziale Leben kalkulierbar halten. Zwar verschwanden gemeinschaftliche Bindungen nicht, sondern reproduzierten sich unter anderem Vorzeichen, jedoch ohne die vormoderne Bindungs- und Ordnungskraft.

In zeitlicher Nähe zur Auseinandersetzung um Urbanität erlebte nach dem Ersten Weltkrieg auch die Wertvorstellung der Sicherheit einen Durchbruch, sowohl in objektiver wie in subjektiver Hinsicht (Kaufmann 2003, S. 78f). In einer unübersichtlichen und von Unsicherheiten gekennzeichneten Welt kam dem Bedürfnis und der Suche nach Sicherheit ein immer höherer Stellenwert zu; sowohl im Sinne der Verlässlichkeit und Belastbarkeit von Strukturen als auch im Sinne der Freiheit von Angst und Furcht im Einzelfall. Über die Auseinandersetzung mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten unter Präsident Roosevelt gelangte der Begriff der ‚sozialen Sicherheit‘ in die politischen Diskussionen und markierte eine deutliche Ausweitung der Erwartungen an gesellschaftliche Gestaltungsprozesse. Im Zuge dessen kam es, insbesondere in den europäischen Staaten, zu einem institutionellen Ausbau öffentlicher Sicherheitsverantwortung durch unterschiedliche Formen von Wohlfahrtsstaatlichkeit (ebd., S. 81/88). Neben die unmittelbare Sicherung von Leib und Leben trat ein weiterer öffentlicher Verantwortungsbereich, der die Erfüllung sozialer Rechte sicherstellte. Diese korrespondierten mit den zunehmenden Ansprüchen auf Schutz vor der Willkür eines freien Marktgeschehens, dessen destruktive Kräfte sich in der Weltwirtschaftskrise in drastischer Weise offenbart hatten. Beide Dimensionen von Sicherheitsbedürfnissen, die Sicherung von Leib und Leben sowie vor dem freien Marktgeschehen, sind miteinander verwoben, zielen innerhalb der komplexen Moderne darauf, „die Kontingenz der Zeit und die Ungewissheit der Zukunft“ (ebd., S. 92) zu reduzieren und stehen zu ihrer Berücksichtigung oder Verwirklichung in einer paradoxen Verbindung: je mehr Sicherheiten gewährleistet sind, umso stärker wird das individuelle Sicherheitsbestreben (ebd., S. 93).

1.2 Gefühlte Sicherheit – Furcht

Die Forschungslage zum Sicherheitsempfinden ist vielfältig. Die Idee des Paradoxon spielt hier insofern eine Rolle, als sich gezeigt hat, dass die Furcht vor Kriminalität nicht zwangsläufig mit einem hohen Opferrisiko einhergehen muss, sondern auf eine Vielzahl von Ursachen zurückführen ist. Grundsätzlich wird unterschieden zwischen einem allgemeinen Gefühl der Bedrohung der Gesellschaft durch Kriminalität und der Furcht, persönlich Opfer einer Straftat zu werden. Abstrakt sehen Bürgerinnen und Bürger die Gesellschaft stärker durch Kriminalität bedroht, als dass sie persönlich Angst haben, Opfer einer Straftat zu werden; soziale und personale Ängste klaffen somit auseinander (Hummelsheim-Doss 2017, S. 36); gleichzeitig belegen Untersuchungen, dass sich im regionalen Vergleich durchaus eine Verbindung zwischen Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsbelastung nachweisen lässt (Bug/Kroh/Meier 2015, S. 268). Es ist hier nicht der Ort, das Phänomen der Kriminalitätsfurcht ausführlich zu diskutieren (siehe

hierzu grundsätzlich Kreuter 2002 und Hirtenlehner 2009), sondern es genügt der Hinweis, dass sich das Sicherheitsempfinden auf eine Vielzahl von Faktoren zurückführen lässt. Lebensalter, Geschlecht, Bildungsniveau und finanzielle Situation spielen hier ebenso eine Rolle wie sozialräumliche Gegebenheiten (Hummelsheim-Doss 2017, S. 37f). Insbesondere der letzte Aspekt wird weiter unten aufgegriffen, indem Sozialräume und deren Gestaltung sowohl für die Entstehung als auch für die Senkung von Kriminalitätsfurcht als relevant angesehen werden. Aber auch wachsende soziale Ungleichheiten in Städten sind mit dem Ausmaß von Kriminalitätsfurcht verbunden. Im Hinblick auf die Frage nach urbaner Sicherheit ist das Phänomen der Kriminalitätsfurcht deshalb von zentraler Bedeutung, weil das Nutzungsverhalten städtischen Raums damit zusammenhängt, für wie wahrscheinlich man es hält – durch statistische Kennziffern belegt oder nicht – dort Opfer eines Übergriffes oder einer Belästigung zu werden.

2. URBANES LEBEN STEHT UNTER DEM EINFLUSS SOZIALSTRUKTURELLER WANDLUNGSPROZESSE

Städte waren und sind gleichzeitig Schauplatz und Motor sozialstruktureller Wandlungsprozesse. Seit Beginn der 1990er Jahre lassen sich in den Großstädten soziale Polarisierungsprozesse beobachten (Kronauer 2017, Goebel/Hoppe 2015), sowohl im Hinblick auf die Einkommens- und Vermögensverteilung, die soziale und ethnische Segregation sowie die politischen Gegensätze.

2.1 Ökonomisches Wachstum und Ungleichheit

Ohne Zweifel befindet sich Deutschland aktuell in einer ökonomisch sehr dynamischen Situation, die sich insbesondere in den großen Städten zeigt und die die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte positiv beeinflusst; Berlin beispielsweise konnte das Haushaltsjahr 2017 mit einem Überschuss von 2,1 Mrd. € abschließen. Gleichwohl verbirgt sich dahinter ein ‚*widersprüchliches Wachstum*‘ (Kronauer 2017, S. 161), da sowohl eine Polarisierung der Einkommen und Vermögen als auch eine sozialräumliche Polarisierung damit einhergeht. In den Großstädten verschärfen sich die Interessengegensätze zwischen Personengruppen, die hochqualifizierte Dienstleistungen in der wissensbasierten Ökonomie ausführen (und ganz dezidierte Ansprüche an Urbanität artikulieren) und Personen, die im Bereich der einfachen Dienstleistungen zwar ebenfalls von der wirtschaftlichen Dynamik profitieren, deren Bezahlung aber nicht ausreicht, um in den wachsenden Städten zu wohnen und die deshalb von Verdrängungsdynamiken betroffen sind.¹ Die städtische Mittelschicht wird kleiner und es wachsen Zonen der Exklusion.

2.2 Zunehmende Segregation

Im Zuge der Polarisierung von Einkommen und Vermögen nimmt auch die soziale Segregation in den Großstädten seit den 1990er Jahren zu, eine Entwicklung die durch die Wohnungsknappheit – insbesondere im mittleren bzw. unteren Preissegment des Wohnungsmarktes – vorangetrieben wird. Haushalte mit niedrigen Einkommen konzentrieren sich in Stadtvierteln, die häufig auch in baulicher Hinsicht

[1] Aktuelle Untersuchungen der Hans-Böckler-Stiftung konstatieren nach Auswertung der Mikrozensusdaten von 2014 für die 77 deutschen Großstädte einen Mangel an ca. 1,9 Mio. bezahlbaren Wohnungen, wobei sich in Berlin die größte Lücke mit 310.000 Wohnungen auftut (Holm/Lebuhn/Junker/Neitzel 2018, S. 10). Gleichzeitig bewahrt der Mindestlohn in den Ballungsgebieten auch bei einer Vollzeitbeschäftigung kaum vor der Notwendigkeit, ergänzende Leistungen der Grundsicherung in Anspruch zu nehmen, um das soziokulturelle Existenzminimum zu erreichen (Herzog-Stein/Lübker/Pusch/Schulten/Watt 2018, S. 7).

Mängel aufweisen, wodurch die Gefahr wächst, dass negative Nachbarschaftseffekte, wie zum Beispiel fehlende Vorbilder, mangelhafte Infrastruktur oder eingeschränkte Netzwerke, die prekäre Situation der dortigen Haushalte noch verschärfen (ebd.). Nicht von ungefähr taucht in den Diskussionen zur Konzentration von Armutshaushalten wieder häufiger der Begriff der ‚Parallelgesellschaften‘ auf. Das Ausmaß von sozialer und ethnischer Segregation wirkt sich auch negativ auf die Möglichkeiten aus, sich aus einer Armutssituation wieder zu befreien (Goebel/Hoppe 2015, S. 9). Häufig leiden sozial benachteiligte Quartiere an einer erhöhten Kriminalitätsbelastung; das aktuelle Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz (2017) weist darauf hin, dass sich die Jugendgewalt in vielen ohnehin belasteten Viertel noch verstärkt hat, insbesondere in den Großsiedlungen am Stadtrand und in innerstädtischen Gebieten, in denen es zu einer Überschneidung von ethnischer und sozialer Segregation kommt (Berliner Forum Gewaltprävention, S. 31f.). Dies ist ein Befund, der weder die Stadtforschung noch die Kriminologie überraschen dürfte, denn bereits vor knapp 20 Jahren formulierte Karstedt (2000, S. 35f) zugespitzt und mit Blick auf US-amerikanische Städte, dass *„in diesen Gebieten die Erosion sozialer Netzwerke, der Verlust an informeller sozialer Kontrolle und schließlich der Verfall staatlicher Infrastruktur (Schulen) kumulieren zu einer sozialen Problemsituation, in der Gewalt endemisch, jedoch auch räumlich eingezirkelt ist.“* Zwar ist diese Situation in dieser Drastik so nicht eingetroffen, dennoch gilt es die Verbindung zwischen Segregationsprozessen und Kriminalitätsbelastung im Auge zu behalten.

2.3 Ungleiche Versorgung mit öffentlichen Gütern

Die kommunalen Verwaltungsstrukturen und Institutionen sind ein wichtiger Faktor, wenn es um eine soziale ausbalancierte Stadt geht. Auch die öffentlichen Güter bzw. die Erbringung der öffentlichen Güter haben seit den 1990er Jahren eine erhebliche Transformation durchlaufen. Erstens wurden durch Privatisierung Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gewinnorientierten Bereich abgegeben, zweitens Verwaltungsstrukturen nach betriebswirtschaftlichen Vorbildern (New Public Management) reformiert und insgesamt – insbesondere in Berlin – deutlich reduziert. Besonders der Aspekt der Reduktion fand statt, obwohl die Anforderungen an die öffentlichen Güter, nicht zuletzt durch die verstärkte Segregation, zugenommen haben. Vor dem Hintergrund einer verstärkten räumlichen Konzentration von Haushalten in ökonomisch prekären Lebenslagen ist davon auszugehen, dass die Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge dort besonders ausgeprägt sein sollten, somit eine positive Diskriminierung durch die Politik realisiert werden müsste (Kronauer 2015, S. 113). Hierfür gibt es durchaus Beispiele in Form unterschiedlicher Förderkulissen und Projektaktivitäten,² jedoch scheint eine entsprechende problemadäquate personelle Ausstattung der Regelstrukturen (insbesondere der Jugend- und Sozialämter sowie der Jobcenter) noch nicht verwirklicht.³

2.4 Demographisches Wachstum, Vielfalt und politische Gegensätze

Ein weiterer sozialstruktureller Wandel zeigt sich im Wachstum der Großstädte; insbesondere Berlin hat seit 2010 eine deutliche Zunahme der Bevölkerungszahlen erlebt, vor allem durch jüngere Menschen und Personen aus dem Ausland (Niemann-Ahrendt 2017, S. 71). Aktuell leben in Berlin knapp 700.000

[2] Beispielsweise kann hier auf die Städtebauförderung und das Bund-Länder-Programm ‚Die soziale Stadt‘ verwiesen werden. Im Land Berlin kann hier das *Bonus-Programm* für Schulen in marginalisierten Nachbarschaften genannt werden oder auch die Einrichtung unterschiedlicher *Bildungsverbünde*.

[3] Für das Land Berlin existieren Hinweise auf bezirklich sehr unterschiedliche sozialpolitische Praktiken, z.B. schwankt der Anteil der genehmigten Anträge auf Miet- bzw. Energieschuldenübernahme nach dem SGB XII bzw. dem SGB II berlinweit erheblich, siehe *Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 17/13 460*, Kleine Anfrage des Abgeordneten Alexander Spies (PIRATEN), zur Miet- und Energieschuldenübernahme in Berlin (Jahre 2008-2013).

Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die größten Gruppen sind dabei Menschen mit türkischen (ca. 100.000), polnischen (ca. 55.000) und syrischen Pässen (ca. 28.000).⁴ Zwischen 2010 und 2016 zogen über 204.000 Personen aus dem Ausland nach Berlin, ungefähr die Hälfte davon kamen zwischen 2015 und 2016 als Asyl- bzw. Schutzsuchende, hauptsächlich aus Afghanistan, Syrien und dem Irak. Gleichzeitig gab es einen ebenfalls starken Zuzug von Menschen aus Osteuropa, Polen, Bulgarien und Rumänien (ebd., S. 68). Dichte und Heterogenität wachsen somit gleichzeitig, die ethnische und kulturelle Vielfalt des urbanen Lebens steigt.

Es wäre aber falsch, an dieser Stelle kulturelle Vervielfältigung lediglich mit Migration in Verbindung zu bringen, sondern wir sind neben den klassischen Prozessen der Individualisierung (sozialer Wandel der Familien, Krise großer Organisationen und vielfältige Muster beruflicher Karrieren) mit einer voranschreitenden Ausdifferenzierung urbaner Milieus konfrontiert, beispielhaft sind hier die ‚urbanen Kreativmilieus‘ (Merkel 2008) zu nennen. Dabei ist Vielfalt keineswegs per se problematisch, sondern vielmehr das zentrale Moment der Urbanität. Gleichwohl ergeben sich Konflikte, wenn im Alltag (im öffentlichen Raum, im schulischen Leben, bei der Ausübung der Religion oder der Nutzung sozialstaatlicher Angebote) unterschiedliche Wertvorstellungen oder Konventionen zu einem gelingenden Neben- oder Miteinander finden müssen. Bereits vor zehn Jahren wurde dieser Zustand als *Superdiversität* charakterisiert (Vertovec 2007).

Wichtig ist festzuhalten, dass sich hinter der ökonomischen Prosperität und dem Wachstum von Städten sehr unterschiedliche bzw. in Teilen auch gegensätzliche Entwicklungen verbergen. Nicht alle Bewohnergruppen können von der ökonomisch günstigen Situation profitieren und selbst diejenigen, die ökonomisch profitieren, sehen sich über die Preise für Wohnraum mit enormen Steigerungen der Lebenshaltungskosten konfrontiert. Die Diversität und Polarisierung der Städte wird sich zukünftig aller Voraussicht nach nicht reduzieren sondern im Gegenteil weiter verstärken. Daraus erwachsende Konfliktlagen werden auch die politischen Akteurskonstellationen prägen und es gibt deutliche Hinweise, dass die Gruppen, die von den ökonomischen Entwicklungen der vergangenen Jahre nicht oder nur wenig profitieren konnten, auch in den Großstädten verstärkt politische Kräfte unterstützen, die auf soziale Abgrenzung, eine Vertiefung des Marktgeschehens sowie die Einschränkung sozialstaatlicher Leistungen setzen (Brenke/Kritikos 2017).

2.5 Vielfalt, Wandel und Furcht

Ein wichtiges Erklärungsmodell für Kriminalitätsfurcht sieht in der Furcht von Bürgerinnen und Bürgern den Ausdruck einer generellen Verunsicherung über ökonomische und demographische Wandlungsprozesse, die auf Kriminalität projiziert wird (Hummerlsheim-Doss 2017, S. 139). Folgt man diesem Modell und wirft einen Blick auf Berlin, so zeigt sich zumindest ansatzweise, dass mit den oben erwähnten Wandlungsprozessen möglicherweise auch die Unsicherheitsgefühle zugenommen haben. Im März 2018 berichtete die Tageszeitung *Der Tagesspiegel*, dass sich 56,6 Prozent der Berlinerinnen und Berliner sicher fühlen (sehr sicher 14,6 Prozent; eher sicher 44,1 Prozent), ein Jahr zuvor behaupteten dies noch 65,1 Prozent (12,5 Prozent fühlten sich sehr sicher); 42,5 Prozent der Berlinerinnen und Berliner gaben an, sich eher unsicher (26,9 Prozent) oder gar sehr unsicher (15,6 Prozent) zu fühlen. Bei der Auswertung nach Parteipräferenzen der Befragten zeigte sich eine nicht überraschende Verbindung des Unsicherheitsempfindens mit der Unterstützung der AfD; mehr als 80 Prozent der Anhänger der AfD fühlen sich in Berlin nicht sicher (46,3 Prozent fühlten sich sogar sehr unsicher), bei SPD-Anhängern fühlen sich spiegelbildlich 84,6 Prozent

[4] Die Beauftragte des Berliner Senates für Integration und Migration, siehe unter: <http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/daten-und-fakten/einwohner-berlins-mit-auslaendischer-staatsangehoerigkeit-403310.php> (abgerufen am 9.3.2018).

sicher (20,8 Prozent sehr sicher). Unterschiede existieren darüber hinaus auch zwischen den Generationen und den Geschlechtern, Frauen und ältere Menschen hegen ein höheres Ausmaß an Unsicherheitsgefühlen.⁵ Zwar korreliert Kriminalitätsfurcht nicht linear mit der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung oder dem tatsächlichen Viktimisierungsrisiko, ist aber für die Frage nach urbaner Sicherheit insofern zentral, als Menschen, die sich unsicher fühlen, bestimmte städtische Räume oder Situationen meiden (Oberwittler u.a. 2017, S. 182) und so das öffentliche Leben als ein wichtiger Kontrollprozess im urbanen Zusammenhang bedroht ist.

Wachsende Ungleichheiten, vertiefte Segregationsmuster und höhere kulturelle Vielfalt stehen sowohl mit der gefühlten (Kriminalitätsfurcht) als auch mit der objektiven (Kriminalität) Sicherheit in Verbindung. Das urbane Regelwerk des öffentlichen Lebens, welches die friedliche Koexistenz trotz ausgeprägter Heterogenität sicherstellt, wird in seiner Reproduktion umso anspruchsvoller und komplexer, je sozial polarisierter und kulturell heterogener die Städte werden. Diesem Zusammenhang soll hier noch weiter nachgegangen werden, zunächst im Hinblick auf die basale Form des Vertrauens und der Übereinstimmung.

3. URBANE SICHERHEIT ENTSTEHT ÜBER VIELFÄLTIGES ÖFFENTLICHES LEBEN UND ÖFFENTLICHE RÄUME

Auf die amerikanische Urbanistin Jane Jacobs geht die These zurück, wonach nicht in erster Linie die Polizei für Sicherheit in Städten sorgt, sondern „die öffentliche Sicherheit wird primär durch ein kompliziertes, fast unbewusstes Gewebe aus freiwilliger Kontrolle und grundsätzlichem Übereinkommen unter den Menschen selbst getragen und durchgesetzt“ (dies. 1963 [1961], S. 29). Für jeden Großstädter ist dies unmittelbar nachvollziehbar; die alltäglichen Bewegungen in der urbanen Vielfalt beruhen auf gegenseitigem Vertrauen, einem Gefühl der Sicherheit und auf Selbststeuerung durch kooperatives Verhalten. Ohne Vertrauen und Sicherheitsgefühle können vielfältige Großstädte nicht funktionieren und dieses Vertrauen muss ständig im Alltag rekonstruiert werden. Eingangs wurden Heterogenität und Diversität als wichtige Merkmale von Urbanität definiert. Friedliches Zusammenleben ist nur möglich, wenn wir uns gegenseitig in unseren sozialen und kulturellen Unterschieden anerkennen, diese nicht als persönliche Provokation interpretieren und dafür Sorge tragen, eine öffentliche Sphäre aufrechtzuerhalten, die friedliche Begegnungen erlaubt. Die Grundwerte der Freiheit, Würde und Selbstbestimmung finden dort in unterschiedlichen Normen ihren Ausdruck, an die wir uns nicht primär durch die Präsenz von Polizei und Ordnungsbehörden gebunden fühlen, sondern die wir wie selbstverständlich internalisiert haben. Von entscheidender Bedeutung ist hier zunächst, körperliche Übergriffe zu unterlassen sowie Ruhe und Ordnung nicht mutwillig zu beeinträchtigen. Die Erfüllung dieser Normen ist die Voraussetzung für öffentliches Leben, ihre Verletzung wird sanktioniert. Darüber hinaus basiert das öffentliche Leben auf weiteren Normen, die keiner direkten Sanktionierung unterworfen sind. Zunächst auf dem *Gebot der zivilen Nichtbeachtung* (Lofland 1998, S. 28f.), wonach man im öffentlichen Raum alles unterlassen sollte, was andere ungewollt zu Zeugen meiner privaten Angelegenheiten macht. Darüber hinaus implizieren wir gemäß dem Gebot der *kooperativen Beweglichkeit* das Verhalten anderer im öffentlichen Raum und reagieren darauf; machen auf dem Gehweg einen halben Schritt zur Seite, wenn es eng wird und erwarten dasselbe vom Gegenüber. Sofern diese Voraussetzungen erfüllt sind, zeigen wir uns *tolerant gegenüber Vielfalt* und nehmen die *Rolle des Publikums* wahr, ohne in das öffentliche Leben einzugreifen (ebd.). Toleranz im hier vorliegenden Sinn bedeutet jedoch nicht ein resigniertes

[5] Datengrundlage ist der Berlin-Monitor, eine repräsentative Umfrage des Umfrageinstituts Civey im Auftrag des Tagesspiegels, siehe „Unsicherheitsgefühl wächst“, siehe *Der Tagesspiegel*, 7. März 2018, S. 11.

Abwenden von Geschehnissen im öffentlichen Raum, sondern basiert im Gegenteil auf der Fähigkeit zur Selbstbeherrschung einerseits und der Kompetenz andererseits, im Zweifelsfall auf die Verletzung der normativen Grundlagen der Öffentlichkeit hinzuweisen. Das öffentliche Leben ist somit ein Prozess der sozialen Kontrolle, der ständig reproduziert werden muss. Bei urbaner Sicherheit in diesem Sinn geht es auch darum, die Grenzen der Vielfalt und Expressivität auszuloten, ein unablässiger Umgang mit Irritationen und Unsicherheiten, der keinen eindeutigen Verlauf hat, sondern durch eine Vielzahl unterschiedlicher Sicherheitsinteressen geprägt ist, die zur Deckung gebracht werden müssen bzw. zwischen denen ein Kompromiss gefunden werden muss, durchaus auch mittels lokaler Aushandlungsprozesse.

Es liegt auf der Hand, dass die Sphäre des öffentlichen Lebens davon abhängt, wie der öffentliche Raum, in dem sie sich vollzieht, von Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen wird und ob diese sich dort sicher fühlen; Unsicherheitsgefühle stehen in einer Wechselwirkung mit der Wahrnehmung und der baulichen Gestaltung des öffentlichen Raumes. Zwar sinkt die registrierte Kriminalität, gleichzeitig kommt es jedoch im urbanen Zusammenhang zu einer Konzentration bestimmter Delikte an spezifischen Orten. Häufig in Zusammenhang mit Suchtphänomenen und Drogenhandel verdichten sich Gewalt- und Kriminalitätsphänomene an bestimmten Plätzen – an Knotenpunkten des öffentlichen Nahverkehrs oder auf Parkflächen. Inwiefern auch Unordnungsphänomene einen wahrnehmbaren Einfluss auf Sicherheitsgefühle haben, darüber wird kontrovers diskutiert.

3.1 Unordnung und Unsicherheitsgefühle im öffentlichen Raum

Die kriminal- und kommunalpolitisch überaus einflussreiche *Broken-Windows-Theorie* (Wilson/Kelling 1982) geht davon aus, dass kleineres Fehlverhalten (*Incivilities*) oder Unordnung im öffentlichen Raum (bauliche Schäden, Müllablagerungen) dazu führen, dass die Bewohner einer Nachbarschaft die sozialen Kontrollstrukturen als gering einschätzen, sich deshalb unsicher fühlen, öffentliche Plätze meiden, dadurch die Sozialkontrolle schwächen und kriminelles Verhalten erleichtern; Straftäter trauen der Nachbarschaft wenig Aufmerksamkeit gegenüber Straftaten zu und gehen von einem geringen Entdeckungsrisiko aus. Empirisch ist die von der *Broken-Windows-These* konstruierte Kausalität zwischen Unordnung und erhöhter Kriminalitätsbelastung nicht durchgängig belegbar (Oberwittler et. al. 2017, S. 184), vielmehr zeigt sich, dass sowohl Unordnung als auch Kriminalität auf der Nachbarschaftsebene über dieselben Faktoren (z.B. soziale Benachteiligung und geringe kollektive Wirksamkeit, siehe weiter unten) erklärbar sind (Sampson 2012, S. 121-148, hier S. 128). Auch die Verbindung zwischen Unordnung und Unsicherheitsgefühlen lässt sich nur in Teilen nachweisen; Unsicherheitsgefühle scheinen weniger durch Phänomene der Unordnung als durch die Wahrnehmung ethnischer Diversität erklärbar. Sichtbare Minderheiten im öffentlichen Raum haben eine signifikante Bedeutung für die Erklärung von Unsicherheit (Oberwittler et. al., S. 198). Gleichwohl besteht keine direkte Verbindung zwischen Sozialraum und Unsicherheitsgefühlen, sondern die Wahrnehmung des Sozialraums fällt bei unterschiedlichen Bewohnergruppen verschieden aus. Personen mit einer positiven Einstellung gegenüber Migration und ethnischer Vielfalt nehmen Unordnungsphänomene weniger wahr, dagegen verstärken xenophobe Einstellungsmuster die Wahrnehmung von Unordnung und Unsicherheit (ebd., S. 199). Somit überrascht es nicht, dass rechtskonservative Parteien Fragen von Sicherheit und Ordnung als ihre ureigene Domäne für sich reklamieren. Die These, wonach Unordnung im öffentlichen Raum die Unsicherheit steigert, lässt sich also nicht eindeutig belegen. Offensichtlich variiert Wahrnehmung und Interpretation von Unordnung auch mit dem Charakter des Viertels und wird in einem innerstädtischen Ausgeviertel eher als normale Begleiterscheinung wahrgenommen als in einer marginalisierten Nachbarschaft (ebd. S. 200). Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Wahrnehmung von Unordnung generell keinen Einfluss auf die Bewohnerinnen und Bewohner von Nachbarschaften hätte. Vielmehr werden Unordnungsphänomene als Hinweise auf

einen generellen sozialen Niedergang von Nachbarschaften interpretiert, was zu erhöhtem Stress, Depressionen und dem Erleben von Machtlosigkeit beiträgt; gleichzeitig sinkt dadurch die generelle Attraktivität eines Stadtviertels (Sampson 2012, S. 126). Am Zustand und am Umgang mit dem öffentlichen Raum können Bewohnerinnen und Bewohner letztlich auch die politische Wertigkeit einer städtischen Nachbarschaft und der dort lebendenden Bewohnerinnen und Bewohner ablesen.

3.2 Sozialräumliche Sicherheitspolitik

Der politische Umgang mit dem öffentlichen Raum ist insofern relevant für das sichere Zusammenleben einer vielfältigen und differenzierten urbanen Umgebung. Auch wenn die Verbindung zwischen Unsicherheitsgefühlen und Unordnungsphänomenen nicht durchgängig belegbar ist, wird vom Umgang mit Unordnungs- und Unsicherheitsproblemen auf Ansehen und Bedeutung einer Nachbarschaft geschlossen; hierzu zählt auch die Durchsetzung der normativen Grundlagen des öffentlichen Lebens. Darin manifestiert sich öffentliche Verantwortung und es wird verdeutlicht, dass städtische Räume und die dort lebenden Bewohnerinnen und Bewohner von den öffentlichen Institutionen nicht aufgegeben werden. Gleichzeitig wird dem Signal der faktischen Folgenlosigkeit von illegalem Handeln entgegengewirkt. Hier ist die Wahrnehmung der Handlungsfähigkeit und –willigkeit der Polizei und der kommunalen Ordnungsbehörden insofern berührt, als deren Sichtbarkeit im öffentlichen Raum (zum Beispiel durch Fußstreifen bzw. flanierende Polizeiarbeit, siehe Howe 2017) ebenso wie Investitionen in die bauliche Gestaltung des öffentlichen Raumes die Bedeutung städtischer Räume für die lokale Politik und Verwaltung unterstreichen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der Umgang mit stadtweit bekannten Sozialräumen, in denen sich Sicherheits- und Ordnungsprobleme konzentrieren.⁶ Im Umgang mit Gefahren und Quellen von Unsicherheit im öffentlichen Raum besteht für die Sicherheitsbehörden die politische Notwendigkeit, eine klare stadtweite Strategie des kooperativen Zusammenwirkens unterschiedlicher Behörden zu verfolgen – von der Polizei und den Ordnungsämtern über die Gesundheits- und Stadtentwicklungsämter bis hin zur aufsuchenden Sozialarbeit und Gemeinwesenarbeit – die sowohl einen hohen baulichen Standard öffentlicher Flächen als auch die allgemeine Zugänglichkeit und Nutzbarkeit des öffentlichen Raumes sicherstellt.

Es ist von entscheidender Bedeutung für das urbane Zusammenleben, ob sich alle Bewohnergruppen – insbesondere Kinder und Jugendliche und wohnungslose oder suchtkranke Menschen – sicher im öffentlichen Raum bewegen und aufhalten können. Der öffentliche Raum darf keinen exklusiven und exkludierenden Charakter annehmen und die (sicherheits-)politische Aufmerksamkeit sollte sich nicht allein bei den touristisch interessanten und für den Konsum relevanten Räumen der Stadtzentren erschöpfen. Der Zustand des öffentlichen Raumes und das dort stattfindende öffentliche Leben hat eine entscheidende Bedeutung für die urbane Sicherheit.

[6] Das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) des Landes Berlin erlaubt die Benennung kriminalitätsbelasteter Orte (kbo) dort, wo Straftaten von erheblicher Bedeutung begangen werden (darunter sind Rohheitsdelikte wie Raub, Körperverletzung, Mord, Totschlag oder Vergewaltigung zu verstehen sowie Eigentums- und Drogendelikte). Derzeit weist die Polizei neun solche besonders belasteten Orte aus, hierzu zählen aktuell der Alexanderplatz, der Leopoldplatz, der Görlitzer Park, die Warschauer Brücke, das Kottbusser Tor, Teile der Hermannstraße sowie der Rigaer Straße, der Hermannplatz sowie der Schöneberger Norden im Bereich des Nollendorfplatzes und in Teilen des „Regenbogenkiezes“, unter <https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/fakten-hintergruende/artikel.597950.php> (abgerufen am 22.03.2018).

4. URBANE SICHERHEIT ENTSTEHT ÜBER SOZIALES VERTRAUEN UND KOLLEKTIVE WIRKSAMKEIT

Neben dem öffentlichen Raum haben auch Nachbarschaften über das dort vorhandene Ausmaß an sozialem Vertrauen zwischen Nachbarn und einer daraus erwachsenden ‚kollektiven Wirksamkeit‘ (*collective efficacy*) eine Bedeutung für die Sicherheit in Städten (Sampson 2012, S. 149ff.). Im Anschluss an die Annahmen von Jane Jacobs, jedoch empirisch ausgewiesen, zeigt sich, dass aus flüchtigen Begegnungen, kurzen Gesprächen im Alltag und der Annahme, man könnte jederzeit auf Nachbarinnen und Nachbarn zugehen, ein gewisses Maß an sozialer Kontrolle erwächst, weil man der Nachbarschaft insgesamt zutraut, im Notfall Hilfe zu leisten. Dafür sind ausdrücklich keine starken freundschaftlichen Beziehungen zwischen Nachbarn notwendig, sondern lediglich flüchtige Bekanntschaften, die in eine Vorstellung von geteilten Normen münden (*a sense of ‚we‘*, ebd., S. 153). Wichtige Faktoren für die Entstehung dieser kollektiven Wirksamkeit sind außerdem soziale Netzwerke und zivilgesellschaftliche Strukturen im Sinn von Vereinen, Initiativen oder lokalen Parteistrukturen (ebd., S. 154). Quartiere mit einem hohen Ausmaß an kollektiver Wirksamkeit oder kollektivem Vertrauen zeigen sich, bei ansonsten gleichen sozialstrukturellen Indikatoren, widerstandsfähiger gegen Konflikte, weisen eine geringere Kriminalitätsbelastung auf und zeichnen sich durch ein höheres Gesundheitsniveau der Bewohner aus (ebd.). Das Phänomen der ‚collective efficacy‘ macht Nachbarschaften zu sozial produktiven Gebilden, die nicht vollständig durch äußere Einflüsse determiniert sind. Zwar ist die kollektive Wirksamkeit in den etablierten Vierteln am größten, da benachteiligte Nachbarschaften mit einer hohen Armutskonzentration schlechter sozial organisiert sind, tendenziell eine höhere Toleranz gegenüber Abweichungen und weniger unterstützende Sozialkontrolle aufweisen, trotzdem unterscheiden sich auch marginalisierte Nachbarschaften über das Ausmaß von kollektiver Wirksamkeit und sind deshalb in unterschiedlicher Weise von Kriminalität, sozialräumlichen Konflikten oder Gesundheitsproblemen betroffen (ebd., S. 177f.). Auch Nachbarschaften mit schwierigen sozioökonomischen Ausgangsbedingungen verfügen über unterstützende Kulturen oder können solche entwickeln (vgl. hierzu auch Klatt/Walter 2011).

4.1 Ethnische Vielfalt und kollektive Wirksamkeit

Inwiefern soziales Vertrauen und soziale Kohäsion durch die ethnische Vielfalt von Nachbarschaften beeinflusst werden ist umstritten. Laut Putnam (2007) besteht zumindest kurzfristig eine negative Korrelation zwischen der ethnischen Vielfalt und dem Ausmaß an Vertrauen in urbanen Nachbarschaften; je höher die ethnische Diversität, umso geringer ist das Vertrauen Einzelner in die Nachbarschaft (ebd., S. 148) und zwischen einzelnen ethnischen Gruppen. Gleichzeitig unterminiert ethnische Diversität aus Putnams Sicht auch Verbindungen innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe und begünstigt Isolation und sozialen Rückzug (ebd., S. 149); Bewohner ziehen sich nach diesen Ergebnissen umso stärker zurück, je größer die ethnische Vielfalt der Nachbarschaft ist. Auch Oberwittler u.a. (2017, S. 198) gelangen zu der Einschätzung, dass im öffentlichen Raum sichtbare ethnische Diversität im Vergleich mit sichtbarer Armut den stärkeren Einfluss auf das subjektive Empfinden von Unordnung und Unsicherheit hat.⁷ Weitaus skeptischer gegenüber diesem Zusammenhang ist Gundelach (2017, S. 216ff), die nach einer Meta-Analyse von insgesamt 58 Untersuchungen die Auffassung vertritt, dass zwar knapp 80% der gesichteten Studien einen statistisch signifikanten negativen Zusammenhang zwischen Nachbarschaftsvertrauen

[7] In einer vergleichenden Untersuchung von 140 Nachbarschaften in Köln und Essen konnten die Autoren einen Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung von Unordnung und Unsicherheit mit der Sichtbarkeit ethnischer Minderheiten in der Nachbarschaft sowie der Armutskonzentration nachweisen (Oberwittler u.a. 2017, S. 199). Dies gilt jedoch nicht für alle Bewohnergruppen gleichermaßen, sondern bei Bewohnerinnen und Bewohnern, die Migranten gegenüber aufgeschlossen sind, zeigt sich dieser Verstärkungseffekt nicht, besonders ausgeprägt ist er dagegen bei Menschen, die eine migrationskritische bzw. –feindliche Haltung an den Tag legen (ebd. 2017, S. 198f).

und ethnischer Vielfalt aufdecken (ebd., S. 216), jedoch hält sie dessen Erklärungskraft hinsichtlich der Kohäsion einer Nachbarschaft für gering. Mit anderen Worten, dieser Effekt existiert zwar, bleibt jedoch gering und erklärt mangelnden Zusammenhalt einer Nachbarschaft weit weniger als das sozialstrukturelle Ausmaß von Armut und Ungleichheit (ebd., S. 218). Dies berührt politisch sowohl die kommunale Armutspolitik, den Umgang mit Segregation wie die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

4.2 Soziale Stadtentwicklung, interethnische Begegnungsmöglichkeiten und lokale Teilhabe

Angesichts der bislang ausgeführten Bedeutung des öffentlichen Lebens und der kollektiven Wirksamkeit einzelner Nachbarschaften für die urbane Sicherheit liegt es auf der Hand, dass Bemühungen um zivilgesellschaftliche Netzwerke, um Begegnungsmöglichkeiten und um die Schaffung und den Erhalt qualitativ hochwertiger und nicht exklusiver öffentlicher Räume kriminalpräventive Wirkungen nach sich ziehen. Über das Konstrukt der kollektiven Wirksamkeit besteht eine empirisch nachweisbare Verbindung zwischen sozialer Stadtentwicklungspolitik und kommunaler Kriminalprävention. Hinsichtlich der Auswirkungen von Heterogenität auf das Nachbarschaftsvertrauen ist davon auszugehen, dass mit der ethnischen Vielfalt auch die interethnischen Kontakte zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern wachsen, die langfristig den negativen Einfluss von Diversität auf soziales Vertrauen ausgleichen können (Gundelach 2017, S. 218). Unstrittig ist, dass das Vorhandensein interethnischer Kontaktmöglichkeiten eine wichtige Voraussetzung für das Ausmaß an sozialem Vertrauen und einer damit verknüpften kollektiven Wirksamkeit darstellt.

Vor diesem Hintergrund sind alle politischen Bemühungen zu begrüßen, die kleinräumige soziale Austausch- und Mitbestimmungsprozesse unterstützen und neu schaffen, wichtige Impulse hat hier das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt beitragen können. Es zielt nicht allein auf die Umsetzung einzelner Projektmaßnahmen, sondern schafft kleinräumige Mitbestimmungsgremien, die neben ihren formalen Aufgaben hauptsächlich Netzwerke und Kontakte (zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern und nachbarschaftlichen Institutionen) stärken. Auch die nachbarschaftsorientierte kriminalpräventive Gremienarbeit ist an dieser Stelle zu nennen, die neben Austausch- und Artikulationsmöglichkeiten auch Gelegenheiten für eine Demokratisierung des Umgangs mit sozialräumlichen Konfliktlagen eröffnet (Wurtzbacher 2008) und wichtige Anknüpfungspunkte für ein polizeiliches Vorgehen eröffnet, welches stärker lokale Kontakte und Gruppierungen in die urbane Sicherheitsgewährleistung einbezieht. Die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen ist unmittelbar relevant für die Gewährleistung urbaner Sicherheit.

5. URBANE SICHERHEIT ERWÄCHST AUS DEN INSTITUTIONEN DES STAATLICHEN GEWALTMONOPOLS

Bislang wurden mit dem öffentlichen Leben und der kollektiven Wirksamkeit soziologische Phänomene beleuchtet, die man gemeinhin weniger selbstverständlich mit Sicherheit in Verbindung bringen würde als die Einhaltung des staatlichen Gewaltmonopols und die Rechtsstaatlichkeit. Sicherheit entsteht, weil Bürgerinnen und Bürger auf die Anwendung von Gewalt verzichten und diese an die abstrakte staatliche Gemeinschaft delegieren. Gekoppelt ist dieser Verzicht an die Erwartung, dass die Einhaltung der Gesetze, die Sicherheit vor Übergriffen und die Aufklärung von Straftaten von den Akteuren des staatlichen Gewaltmonopols dauerhaft und verlässlich sichergestellt wird. Wenn man hier bereits Rückschlüsse auf die politische Gestaltung zieht, dann liegt es auf der Hand, dass die Akteure und Institutionen des staat-

lichen Gewaltmonopols – Polizei und Militär – so ausgestattet sein müssen, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können. Personelle Unterausstattungen im Bereich öffentlicher Dienstleistungen lassen sich nicht durch die Bewilligung neuer Personalmittel von heute auf morgen verändern, sondern die Rekonstruktion von öffentlichen Verwaltungsstrukturen erfordert politische Geduld, da sich institutionelle Kulturen nur langsam wieder aufbauen.

Allerdings ist dies nur eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und der Gefahrenabwehr durch die Polizei. Die Bevölkerung muss darüber hinaus der Auffassung sein, dass die polizeiliche Autorität rechtmäßig und legitim ist (Hecker/Starcke 2017, S. 226) wofür die staatliche Beauftragung nicht allein ausschlaggebend ist, sondern auch die Tatsache, dass die Polizei ihrem Auftrag nachkommt und wie sie dies tut (ebd.). In Deutschland genießt die Polizei großes Vertrauen in der Bevölkerung, im November 2017 gaben 89% der Deutschen an, der Polizei zu vertrauen, 9% hatten eher kein Vertrauen. Dies ist ein deutlicher Anstieg, denn im Frühjahr 2016 erlitt das Vertrauen in die Polizei durch die Ereignisse am Kölner Hauptbahnhof in der vorangegangenen Silvesternacht einen Dämpfer, im Frühjahr 2016 vertrauten der Polizei nur 79% der Bevölkerung (Europäische Kommission 2017, 88). Dies belegt zunächst, dass sich die Polizei nicht in einer Vertrauenskrise befindet. Gleichzeitig wird aber auch sichtbar, dass dieses Institutionenvertrauen verletzlich und erschütterbar ist, es muss ständig über die alltägliche Handlungspraxis und deren öffentliche Wahrnehmung reproduziert werden. Gleichzeitig steht das Vertrauen gegenüber der Polizei in Verbindung mit dem Ausmaß kollektiver Wirksamkeit in Nachbarschaften. Das Vertrauen darauf, dass die Polizei ihren Aufgaben nachkommt und sich gegenüber den Bürgern fair verhält, erleichtert den Aufbau von gemeinschaftlichen Zugehörigkeitsgefühlen und fördert soziale Kontrollstrukturen im Stadtteil (Hecker/Starcke 2017, S. 233); umgekehrt stärkt *„das Gefühl eines geteilten Wertverständnisses und die wahrgenommene Bereitschaft zur Durchsetzung dieser Werte in der Nachbarschaft [...] das Vertrauen in die Polizei“* (Ebd., S. 234). Die Institution der Polizei ist also in besonderer Weise mit den nachbarschaftlichen Strukturen verbunden.

5.1 Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit

Die massive Vertrauenskrise der US-amerikanischen Polizeibehörden der Großstädte in den 1970er Jahren hing hauptsächlich mit dem gewalttätigen Auftreten (insbesondere gegen die afroamerikanische Bevölkerung), mit einer Zentralisierung und Spezialisierung der polizeilichen Problembearbeitung und mit ausufernden Gewaltphänomenen im öffentlichen Raum (bedingt durch bewaffneten Drogenhandel und Bandenauseinandersetzungen) zusammen. Erst durch eine Rückbesinnung auf die oben angedeuteten kommunitären Bezüge der Polizeiarbeit gelang einigen Städten, beispielsweise Chicago ab den 1980er Jahren, eine Kehrtwende (Wurtzbacher 2008, S. 74ff.). Dabei kristallisierte sich zunächst die Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit der Polizei als wesentliche Voraussetzung für die Rekonstruktion von Vertrauen heraus, die punktuellen Reaktionen auf Notrufe wurden durch Fußstreifen ergänzt. Diese gewinnen insbesondere bei einer hohen Dichte sozialräumlicher Probleme eine zentrale Bedeutung, da dem Eindruck entgegengewirkt wird, bestimmte städtische Gebiete würden von den öffentlichen Institutionen aufgegeben und Strukturen jenseits des Rechtsstaates überantwortet.⁸ Die polizeiliche Präsenz – die sich wohlgemerkt nicht in primär repressiven Strategien manifestieren muss – ist insbesondere an *Hot-Spots* im städtischen Raum von großer Wichtigkeit.

[8] Entscheidend ist hier das konsequente Vorgehen gegen organisierte Kriminalität als Voraussetzung für das Gelingen einer am Gemeinwesen orientierten Sicherheitsarbeit.

Weiterhin ist ein faires, respektvolles und professionelles Auftreten der Polizei notwendig, welches sich stärker am Leitbild des lokalen Konfliktschlichters- und -mediators orientiert als an dem des hochspezialisierten Kriminalitätsbekämpfers. Die Ansprechbarkeit der Polizei muss für alle Gruppen in gleicher Weise gewährleistet sein – auch für wohnungslose Menschen im öffentlichen Raum. Insbesondere bei wachsender ethnischer Heterogenität muss sich diese auch im personellen Tableau der Polizeibehörden widerspiegeln, die Polizei als Institution sollte ein Abbild der vielfältigen Stadtgesellschaft gewährleisten. Bedeutsam für die Legitimität der polizeilichen Arbeit ist ebenfalls, ob für die Bürgerinnen und Bürger eine (möglichst von den Polizeibehörden unabhängige) Beschwerdestelle existiert, über die sich etwaige Verfehlungen oder gewalttätige Übergriffe der Polizei klären lassen.

5.2. Gemeinwesenorientierte Sicherheitspolitik

Präsenz und Ansprechbarkeit polizeilicher Akteure im öffentlichen Raum sind eine wichtige Voraussetzung für eine kooperative Sicherheitspolitik. Kontaktbereichs- oder Präventionsbeamte sind durch ihre regelmäßige Präsenz in besonderer Weise mit einem geographischen Gebiet und den dort vorliegenden Problemen und Akteuren bzw. Akteursgruppen vertraut und können dadurch Prozesse der Verständigung und Akzeptanz vorantreiben (Howe 2017, S. 100). Gleichzeitig sind sie in der Lage, problemorientierte Zugänge zu anderen Institutionen, zu Schulen, zu Stadtteilgremien, zur Kinder- und Jugendhilfe oder anderen Sparten der Kommunalverwaltung aufzuschließen und zu befördern.

Die Sichtbarkeit der Polizei im öffentlichen Raum und eine daran anschließende, am Gemeinwesen orientierte urbane Sicherheitsgewährleistung in Kooperation mit einer Vielzahl von Akteuren ermöglicht die Rekonstruktion sozialer Kontrollstrukturen mit den vor Ort präsenten Gruppen (Scheffer 2017, S. 264) und macht darüber den Rechtsstaat im Stadtteil erfahrbar. Dafür muss jedoch gewährleistet sein, dass dieser Zweig der polizeilichen Arbeit nicht innerhalb der Polizeibehörden selbst eine Art Marginalisierung erfährt, sondern in der ihr innewohnenden Professionalität auch anerkannt und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet wird.

6. URBANE SICHERHEIT ENTSTEHT DURCH SOZIALE CHANCENGLEICHHEIT

Inwiefern soziale Ungleichheit und Kriminalität miteinander korrespondieren ist das zentrale Thema der soziologischen und kriminologischen Analyse (Ludwig-Mayerhofer 2000, S. 9) und kann hier allenfalls angedeutet werden.

6.1. Gewalt und Statuswettbewerb

Bereits weiter oben wurde am Beispiel von Berlin auf eine räumliche Verstärkung von Jugendgewalt in marginalisierten Nachbarschaften hingewiesen. Diese Diagnose fügt sich ein in kriminologische Positionen, die in der räumlichen Konzentration bestimmter Delikte Hinweise auf soziale Desorganisation und auf das Risiko der Bildung von subkulturellen Netzwerken vermuten (Karstedt 2000). Auf der Suche nach den maßgeblichen Faktoren für die Ursachen von Gewalt belegen Kate Pickett und Richard Wilkinson (2016 [2009], S. 153-169) in ihrer Studie zu den gesellschaftlichen Folgen von Einkommensungleichheit einen im internationalen Vergleich klar zutage tretenden Zusammenhang zwischen (hauptsächlich

männlich geprägter) Gewaltkriminalität und Einkommensungleichheit. Das entscheidende Verbindungsglied sehen die Autoren in Rückgriff auf die sozialpsychologischen Überlegungen von James Gilligan im sozialen Bewertungsdruck. Zunehmende soziale Ungleichheiten verschärfen in dieser Perspektive Bewertungsdruck und Statuskonkurrenz; Gewalt fungiert dabei als Mittel, um mangelnde Anerkennung und fehlende Voraussetzungen für eine befriedigende Platzierung in der sozialen Statuskonkurrenz zu kompensieren (ebd. S. 157f). Folgt man dieser Argumentation, so rückt die Frage der sozialen Mobilität und Chancengleichheit ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Je stärker der Bildungserfolg von den kulturellen und materiellen Ressourcen des Elternhauses abhängt, umso mehr Kindern und Jugendlichen aus marginalisierten Nachbarschaften wird die zentrale Voraussetzung zur Teilnahme am Statuswettbewerb vorenthalten; im Jahr 2015 verließen 9,3% der Schülerinnen und Schüler Berlins die Schule ohne Abschluss.⁹ Ob es gelingt, soziale Chancengleichheit über frühe Förderangebote und Schulen zu verwirklichen und diese gleichzeitig zu interdisziplinär gestalteten und inklusiv ausgerichteten Institutionen zu machen, die interne Gewalt und diskriminierende Praktiken weitestgehend vermeiden, hat eine wichtige Verbindung zur Frage der urbanen Sicherheit.

6.2. Kriminalitätsfurcht und soziale Verunsicherung

Fehlende Möglichkeiten und Chancen im sozialen Statuswettbewerb zeitigen aber nicht nur Konsequenzen für die objektive Kriminalitätsbelastung, sondern gleichzeitig auch für das Sicherheitsgefühl. Wie bereits eingangs erwähnt, handelt es sich bei der Kriminalitätsfurcht um ein komplexes Phänomen, welches sich auf eine Vielzahl von Faktoren zurückführen lässt. Einer davon sind sozial ungesicherte Lebensverhältnisse und soziale Existenzängste, die auf das Phänomen der Kriminalität projiziert werden (Hirtenlehner 2009, S. 17ff.). Menschen, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden und die Erfahrung der Unsicherheit ihrer sozialen Situation (durch Arbeitslosigkeit oder Armut) machen, sind auch stärker von Kriminalitätsfurcht betroffen (ebd., S. 18). Interpretiert wird dies wiederum mit dem sozialräumlichen Argument, wonach sozial marginalisierte Personen häufig in Nachbarschaften leben, die auch eine erhöhte Kriminalitätsbelastung aufweisen und deshalb sowohl einem höheren Viktimisierungsrisiko ausgesetzt sind als auch über geringere Möglichkeiten verfügen, sich dagegen zu schützen (ebd., S. 19). Eine Politik der sozialen Chancengleichheit vermindert somit nicht allein das Risiko der Devianz bzw. der Gewaltausübung bei Jugendlichen sondern stärkt gleichzeitig das Sicherheitsgefühl von Bewohnerinnen und Bewohnern, nicht zuletzt durch die Stärkung der weiter oben erwähnten kollektiven Wirksamkeit. Bis hierher sollte deutlich geworden sein, dass sich das Phänomen der urbanen Sicherheit aus mehreren Quellen speist und auf vielfältige Weise mit einer sozial ausgleichenden Stadtpolitik verbunden ist. Daraus folgt, dass die Sicherheitsgewährleistung nicht allein und möglicherweise auch nicht in erster Linie eine Angelegenheit der Politik der inneren Sicherheit ist. Diese kann nur zielführend sein, wenn sie sich der Verbindungen zu anderen Politikfeldern bewusst ist.

[9] Dies ist das Ergebnis einer 2017 aktualisierten Studie des Deutschen Caritasverbandes aus dem Jahr 2012: <https://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/kinderundjugendliche/bildungschancen/zahl-der-schulabgaenger-ohne-abschluss> (abgerufen am 27.04.2018).

7. URBANE SICHERHEIT BENÖTIGT EINE KOOPERATIVE SICHERHEITSPOLITIK

Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich das Leitbild der Kooperation auch in der städtischen Sicherheitspolitik durchgesetzt.¹⁰ Mit Gründung kriminalpräventiver Räte ab den 1990er Jahren begann eine Phase des Zusammenwirkens von Sicherheits- und Ordnungsbehörden mit anderen Sparten der Stadtverwaltung sowie mit sozialen Trägern, der lokalen Politik, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Wirtschaftsvertretern um Sicherheits- und Ordnungsprobleme durch die Bündelung von Ressourcen zu bearbeiten. Aus diesen Kooperationen gingen eine Vielzahl institutioneller Formen (thematische Arbeitskreise, Gremien, Projekte) hervor, in der sich die mannigfaltigen Bezugspunkte der Sicherheitspolitik zu anderen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge widerspiegeln (Frevel 2012, S. 21ff., Frevel 2007, S. 13ff.). Allerdings haben sich nicht alle institutionellen Formen der Kooperation als langfristig stabil erwiesen, insbesondere die Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in die kriminalpräventive Gremienarbeit stellte sich als kompliziert heraus (Wurtzbacher 2008, S. 241ff.). Dennoch sind die kooperativen Formen der Sicherheitspolitik zu einem anerkannten Standard avanciert; der Gedanke der kommunalen Kriminalprävention hat sich auf breiter Ebene etabliert und konsolidiert. Auch im Hinblick auf zielgruppenspezifische Projekte existiert mittlerweile ein großer Bestand an internationaler Evaluationsforschung (Kober u.a. 2018, S. 723f.). Die Öffnung der Sicherheitsgewährleistung zielt nicht auf eine Ausweitung repressiver Praktiken, sondern will die Sicherheitspolitik in einer auf gesamtstädtischen Ausgleich gerichteten Stadtpolitik verorten. Dabei geht es zunächst um den Austausch von Informationen und um die Bildung von Kontaktnetzwerken um der Komplexität des Gegenstandes urbaner Sicherheit gerecht werden zu können. Dabei muss sich nicht zwangsläufig ein gemeinsames Problemverständnis entwickeln (van den Brink 2015, S. 10, van den Brink 2005, S. 84ff.), wichtig ist zunächst die Kenntnis unterschiedlicher Sicht- und Vorgehensweisen. Gleichwohl müssen die Arbeitsbeziehungen für alle beteiligten Akteure langfristig einen Zugewinn bei der Erreichung ihrer jeweiligen Ziele liefern, wenn sie dauerhaft Bestand haben sollen (Abt/Floeting 2017, S. 173). Als tragfähig und zielführend hat sich hier eine Kombination aus einem stadtweiten Koordinations- bzw. Leitungsgremium und kleinräumigen oder zielgruppenspezifischen Arbeitsgruppen erwiesen, deren personelle Zusammensetzung auf einer präzisen Analyse der zu thematisierenden Problemlagen basiert (Kober u.a., S. 735ff.). Eine solche Verzahnung von relevanten Akteuren bildet die Grundlage für eine kooperative und nachhaltige Bearbeitung von urbanen Sicherheitsproblemen im öffentlichen Raum.

Urbane Sicherheitspolitik benötigt einen gesamtstädtischen Blick auf die Verknüpfung von sicherheitspolitischen mit sozialpolitischen Fragen, sie darf aber nicht in die Falle einer Überlagerung sozialpolitischer Zielsetzungen durch Anliegen der Sicherheitspolitik geraten (das gilt insbesondere im Hinblick auf vulnerable Gruppe wie Jugendliche oder Obdachlose). Im Kontext kooperativer Sicherheitspolitik darf nicht der Eindruck entstehen, dass Personengruppen nur dann (sozial-)politische Aufmerksamkeit gewidmet wird, wenn sie abweichendes Verhalten an den Tag legen (Feltes 2017, S. 347). Aus diesem Grund dürfen die jeweils grundsätzlichen politischen Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten nicht verwischt, sondern müssen im Hinblick auf einzelne Problemstellungen sinnvoll kombiniert werden. Das gilt insbesondere für die sehr sensible Schnittstelle zwischen Sozialer Arbeit und Polizei, die nur durch Transparenz und gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher gesetzlicher Aufträge und daraus resultierender Berufsverständnisse (Berendes 2012, S. 45) gelingen kann. Entscheidend ist, dass sowohl auf gesamtstädtischer wie auf quartiersbezogener Ebene Institutionen unterhalten werden, die Austauschprozesse zwischen unterschiedlichen Verwaltungssparten ermöglichen, darüber die Bildung von Vertrauen zwischen zentralen Akteuren begünstigen und für Bürgerinnen und Bürger Möglichkeiten beinhalten, kleinräumige Sicherheitsprobleme zur Sprache zu bringen.

[10] Siehe zur historischen Entwicklung der kommunalen Kriminalprävention aktuell Kerner (2018).

LITERATUR

Abt, Jan/Floeting, Holger 2017, Lückenschlüsse. Wege zur Zusammenarbeit für sichere Quartiere, in Soziale Probleme, Jg. 28/Heft 2, S. 157-179

Berendes, Udo 2012, Mehr miteinander als übereinander reden. Herausforderndes Verhalten von Menschen mit Suchtverhalten als ‚Prüfstein der Zusammenarbeit von Polizei und Suchthilfe, in Ethik & Psychiatrie, Heft 3/2012, S. 45-48

Berliner Forum Gewaltprävention 2017, Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz – vierter Bericht 2017, Kiezorientierte Prävention: Situationsanalysen für die Berliner Bezirke. Berlin

Bug, Mathias/Kroh, Martin/Meier, Kristina 2015, Regionale Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht – Befunde der WISIND-Studie. DIW Wochenbericht Nr. 12/2015. Berlin

Europäische Kommission 2017, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Standard Eurobarometer 88, Anlage

Feltes, Thomas 2017, Das Projekt ‚Kurve kriegen‘ – Wie die Soziale Arbeit von Politik und Polizei vereinnahmt wird, in Soziale Arbeit Heft 9/2017, S. 346-351

Frevel, Bernhard (Hrsg.) 2012, Handlungsfelder lokaler Sicherheitspolitik. Frankfurt/Main: Verlag für Polizeiwissenschaft

Frevel, Bernhard 2012, Kooperation in der lokalen Sicherheitsarbeit, in *ders.* (Hrsg.), a.a.O., S. 21-40

Frevel, Bernhard (Hrsg.) 2007, Kooperative Sicherheitspolitik in Mittelstädten. Frankfurt/Main: Verlag für Polizeiwissenschaft

Goebel, Jan/Hoppe, Lukas 2015, Ausmaß und Trends sozialräumlicher Segregation in Deutschland. DIW Berlin/SOEP

Gundelach, Birte 2017, Soziales Vertrauen in ethnisch heterogenen Nachbarschaften. Eine kritische Evaluation empirischer Ergebnisse, in Soziale Probleme, Jg. 28/Heft 2, S. 207-222

Hecker, Meike/Jan Starcke 2017, Sozialer Zusammenhalt und Polizeivertrauen, in Soziale Probleme, Jg. 28/Heft 2, S. 223-240

Herzog-Stein, Alexander/Lübker, Malte/Pusch, Toralf/Schulten, Thorsten/Watt, Andrew 2018, Der Mindestlohn: Bisherige Auswirkungen und zukünftige Anpassungen. Policy Brief WSI, Nr. 24, 04/2018

Hirtenlehner, Helmut 2009, Kriminalitätsangst – klar abgrenzbare Furcht vor Straftaten oder Projektionsfläche für soziale Unsicherheitslagen?, in Journal für Rechtspolitik, 17. Jg, 1/2009, S. 13-22

Holm, Andrej/Lebuhn, Hendrik/Junker, Stephan/Neitzel, Kevin 2018, Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Die soziale Versorgungslücke nach Einkommen und Wohnungsgröße, Working Paper Forschungsförderung, Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 63

Howe, Christiane 2017, Sozialraum: Flanierende Polizeiarbeit im Quartier, in Scheffer, Thomas u.a. a, a, O., S. 77-104

Hummelsheim-Doss, Dina 2017, Objektive und subjektive Sicherheit in Deutschland, in Aus Politik und Zeitgeschichte, 32-33/2017, S. 34-39

Jacobs, Jane 1963, Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Berlin: Bauwelt Fundamente Bd. 4

Karstedt, Susanne 2000, Der urbane raum als Zentrum sozialer Prozesse – Kriminalität in der polarisierten Stadt, in Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.), Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung. Opladen: Leske + Budrich, S. 23-48.

Kaufmann, Franz Xaver 2003, Sicherheit: Das Leitbild beherrschbarer Komplexität, in Lessenich, Stephan (Hg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt/Main: Campus, S. 73-104

Kerner, Hans-Jürgen 2018, Entwicklung der Kriminalprävention in Deutschland, in Walsh, Maria u.a. (Hg.), a.a.O., S. 21-36

Klatt, Johanna/Walter, Franz 2011, Entbehrliche der Bürgergesellschaft. Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld: transkript Verlag

Kober, Marcus/Frevel, Bernhard/van den Brink, Henning/Wurtzbacher, Jens 2018, Evidenz in der Kommunalen Kriminalprävention – Zur Wirksamkeitsanalyse von Kooperationsstrukturen, in Walsh, Maria u.a. (Hg.), a. a. O., S. 729-742

Kreuter, Frauke 2002, Kriminalitätsfurcht: Messung und methodische Probleme. Wiesbaden: Springer VS

Kronauer, Martin 2015, Kommunale Strategien gegen Einkommenspolarisierung, in *Sozialer Fortschritt*, 5/2015, S. 110-115

Kronauer, Martin 2017, Soziale Polarisierung in Städten: Ursachen, Hintergründe und Gegenstrategien, in Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Geteilte Räume. Strategien für mehr sozialen und räumlichen Zusammenhalt. Bericht der Fachkommission ‚Räumliche Ungleichheit‘. Wirtschaft + Soziales, Band 21, S. 156-171

Lindner, Rolf 1990, Die Entdeckung der Stadtkultur. Frankfurt/Main: Suhrkamp

Lofland, Lyn 1998, The Public Realm. New York: de Gruyter

Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang 2000, Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung heute, in *ders.* (Hrsg.), Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung. Opladen: Leske + Budrich, S. 9-20.

Merkel, Janet 2008, Kreativquartiere. Urbane Milieus zwischen Inspiration und Prekarität. Berlin: edition sigma

Niemann-Ahrendt, Katja 2017, Die Anziehungskraft Berlins – Wanderungsdaten aus dem Einwohnermelderegister, in Zeitschrift für amtliche Statistik 4/2017, S. 66-71

Oberwittler, Dietrich/Janssen, Helen/Gerstner, Dominik 2017, Unordnung und Unsicherheit in großstädtischen Wohngebieten – Die überschätzte Rolle von ‚Broken Windows‘ und die Herausforderungen ethnischer Diversität, in Soziale Probleme, Jg. 28/Heft 2, S. 181-205

Putnam, Robert D. 2007, E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty-first Century. The 2006 Johan Skytte Prize-Lecture, in Scandinavian Political Studies, Vol. 30, 2/2007, S. 137-174

Sampson, Robert J. 2012, Great American City. Chicago and the Enduring Neighborhood Effect. Chicago: The University of Chicago Press

Scheffer, Thomas/Howe, Christiane/Kiefer, Eva/Negnal, Dörte/Porschè, Yannik 2017, Polizeilicher Kommunitarismus – Eine Praxisforschung urbaner Kriminalprävention. Frankfurt/New York: Campus

Simmel, Georg 1984 [1903], Die Großstädte und das Geistesleben, in *ders.* Das Individuum und die Freiheit. Berlin: Wagenbach, S. 192-204

Simmel, Georg 1995 [1908], Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 764-771

Van den Brink, Henning 2005, Kommunale Kriminalprävention. Mehr Sicherheit in der Stadt? Eine qualitative Studie über kommunale Präventionsgremien. Frankfurt/Main: Verlag für Polizeiwissenschaft

Van den Brink, Henning 2015, Auslauf- oder Erfolgsmodell? Kommunale Präventionsgremien in Deutschland – ein Forschungsüberblick, in forum kriminalprävention 1/2015, S. 6-11

Vertovec, Steven 2007, Super-diversity and its implications, in Ethnic and Racial Studies, Vol. 30, Nov. 2007, S. 1024 - 1054

Walsch, Maria/Pniewski, Benjamin/Kober, Marcus/Armborst, Andrea (Hrsg.) 2018, Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland. Ein Leitfaden für Politik und Praxis. Wiesbaden: Springer VS

Wilkinson, Richard/Pickett, Kate 2016 [2009], Gleichheit. Warum gerechte Gesellschaften für Alle besser sind. Berlin: Haffmans-Tolkemitt

Wurtzbacher, Jens 2008, Urbane Sicherheit und Partizipation. Stellenwert und Funktion bürgerschaftlicher Beteiligung an kommunaler Kriminalprävention. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

ANGABEN ZUM AUTOR

Dr. Jens Wurtzbacher

Professor für Sozialpolitik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin.

Kontakt: Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, Telefon: 030 5010 1029,

E-Mail: jens.wurtzbacher@khsb-berlin.de

IMPRESSUM

ISBN 978-3-96250-155-6

1. Auflage

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

HERAUSGEBERIN: Friedrich-Ebert-Stiftung

Abteilung Politischer Dialog, BerlinPolitik im Forum Berlin

AUTOR: Dr. Jens Wurtzbacher

GESTALTUNG: Andrea Schmidt • Typographie im Kontext • Berlin

COVERBILD: Fotolia

DRUCK: Druckerei Brandt • Gedruckt auf RecyStar Polar, 100% Recyclingpapier,
ausgezeichnet mit dem blauen Umweltengel.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien
ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

© 2018 • Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Berlin • www.fes.de



ISBN 978-3-96250-155-6